



VORWEG GEHEN

UNIVERSITÄT LEIPZIG



ENERGIEWELT OST 2014

Eine wissenschaftliche Studie

Liebe Leser,



Prof. Dr. Thomas Lenk



Dr. Oliver Rottmann



Dipl.-Kffr. Romy Albrecht



Dipl.-Geogr./Dipl.-Ing. André Grüttner

mit dem Referentenentwurf zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sollen die Weichen für das Gelingen der Energiewende gestellt und ein zielgerichteter Ausbau der erneuerbaren Energien forciert werden. Dies ist ein wichtiger und folgerichtiger Schritt, da besonders in 2013 Fehlentwicklungen der Energiewende zutage traten. So zeigten sich insbesondere die Schwächen der bisherigen Förderung in einem Rekord der EEG-Umlage und folglich stark steigender Strompreise oder in einem unkoordinierten Zubau von Erneuerbare-Energien-Anlagen (EE-Anlagen) mit Folgen für Netzausbau und Einspeisung von Strom. Schließlich beförderte und privilegierte das EEG auch die Eigenerzeugung, was zur Debatte über eine gerechte Kostenverteilung führte.

Dieser Diskussion zur Bezahlbarkeit und Verteilung der Kosten der Energiewende widmet die vorliegende Studie „Energiewelt Ost 2014“ einen Schwerpunkt. Denn soll der Umstieg auf eine erneuerbare Energieversorgung erfolgreich verlaufen, ist das Gleichgewicht zwischen Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit wieder zu wahren und bestehenden Defiziten entgegenzuwirken. Ziel der Studie ist daher auch, auf Basis der Befragung von Verbrauchern einen entsprechenden Diskussionsbeitrag zu leisten.

Um ein realitätsnahes Bild zeichnen und erste Vergleiche ziehen zu können, wurden wiederum die wichtigsten Verbraucher des Energiemarktes – Haushalte, Kommunen und Unternehmen der energieintensiven Industrie – zu ihren Einstellungen, Erwartungen und Anpassungsstrategien im Rahmen der Energiewende befragt. Erstmals sind tendenzielle Aussagen zu bestimmten Aspekten ableitbar, aber auch Einstellungen zu aktuellen Diskussionen der Energiewende wurden eruiert.

Die vorliegende Studie liefert erneut ein umfassendes Bild zur aktuellen Beurteilung der Energiewende der verschiedenen Gruppen. Zudem gibt sie die Einschätzung der wichtigsten Verbrauchergruppen zur Verteilung der Kosten der Energiewende sowie möglichen daraus resultierenden Folgen im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit wieder.

Wir freuen uns, diese Praxisstudie mit enviaM als dem führenden regionalen Energiedienstleister der neuen Bundesländer durchgeführt zu haben und wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

Prof. Dr. Thomas Lenk

Dr. Oliver Rottmann

Dipl.-Kffr. Romy Albrecht

Dipl.-Geogr./Dipl.-Ing. André Grüttner

Liebe Leser,



Carl-Ernst Giesting

die Umsetzung der Energiewende in Deutschland – ein dynamisches und nach wie vor aktuelles Thema – geht in die nächste Runde. Auf politischer Ebene erfährt es entsprechende Aufmerksamkeit, denkt man an den Koalitionsvertrag und das Eckpunktepapier von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Doch noch sind viele dringliche Fragen offen, z. B. das Gleichgewicht im energiewirtschaftlichen Zieldreieck, den Ausbau und die Stabilität der Netze, die Versorgungssicherheit bei zunehmend dezentraler Erzeugung und die Bezahlbarkeit der Energieversorgung für Haushalte, Kommunen und die energieintensive Industrie betreffend. Hierfür braucht es zufriedenstellende Antworten und hier müssen wir noch einen gehörigen Schritt vorankommen.

Ostdeutschland geht bei der Energiewende vorweg. Hier lässt sich sehr genau beobachten, wie sich die Energiewende in 10 bis 20 Jahren bundesweit auswirken wird. Etwa 34.000 EE-Anlagen gibt es inzwischen im Netzgebiet der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (MITNETZ STROM), dem Netzbetreiber der envia Mitteldeutsche Energie AG (enviaM). Der aus erneuerbaren Energien gewonnene Anteil an der Stromerzeugung ist im Jahr 2013 auf 64 Prozent angewachsen, das sind 14 Prozentpunkte mehr als 2011. Ein Ende dieses Aufwärtstrends ist derzeit nicht absehbar.

Als führender regionaler Energiedienstleister ist die enviaM-Gruppe Teil der hiesigen Entwicklungen und bringt sich aktiv in die Gestaltung der Energiewende in Ostdeutschland ein. Damit leistet die Gruppe ihren Beitrag für die Region. Doch auch Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verbraucher sind aufgefordert, sich zu beteiligen und ihren Teil beizutragen. Um die Energiewende zum Erfolg zu führen, müssen sich alle einbringen.

Die aktuelle Studie „Energiewelt Ost 2014“ belegt, dass etwa drei Viertel aller befragten Haushalte und Kommunen die Energiewende und damit einhergehende Maßnahmen befürworten, bei den energieintensiven Unternehmen sind es fast zwei Drittel. Zum dritten Mal in Folge wurde die repräsentative Untersuchung gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum für Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. an der Universität Leipzig unter Leitung von Prof. Dr. Thomas Lenk durchgeführt. Erneut wurden ostdeutsche Haushalte, Kommunen und energieintensive Unternehmen befragt, welche Einstellung sie zur Energiewende haben. Damit konzentriert sich die Studie wie gewohnt auf Besonderheiten der Energiewende im ostdeutschen Raum. Die Ergebnisse präsentieren wir Ihnen in der vorliegenden Ausgabe.

Eine spannende Lektüre und viele Erkenntnisse wünscht Ihnen

Ihr Carl-Ernst Giesting
Vorstandsvorsitzender der enviaM



Das Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V. an der Universität Leipzig ist ein interdisziplinäres Zentrum, das sich im Rahmen einer praxisorientierten Forschung mit Fragestellungen der öffentlichen Wirtschaftsbereiche – auch an der Schnittstelle zur Privatwirtschaft – beschäftigt. Themenschwerpunkte bilden neben den öffentlichen Finanzen vor allem die Bereiche der Daseinsvorsorge (beispielsweise Energie- und Wasserversorgung). Zum Wintersemester 2014/15 ist geplant, mit dem Kompetenzzentrum als Träger an der Universität Leipzig den Masterstudiengang „Public Service Management“ zu eröffnen. Damit wird erstmals im Kontext der europäischen Politik sowie des europäischen und nationalen Rechtsrahmens eine lösungsorientierte, wissenschaftlich fundierte, interdisziplinäre akademische Ausbildung auf universitärem Niveau angeboten.

Das Zentrum wurde 2009 gegründet und beinhaltet 13 Professuren aus Ökonomie, Jurisprudenz, Politikwissenschaft, Infrastruktur, Stadtentwicklung und Pädagogik.



VORWEG GEHEN

Die enviaM-Gruppe ist der führende regionale Energiedienstleister in Ostdeutschland. Der Unternehmensverbund versorgt rund 1,4 Millionen Kunden mit Strom, Gas, Wärme und Energie-Dienstleistungen. Zur Unternehmensgruppe mit mehr als 4.100 Beschäftigten gehören die envia Mitteldeutsche Energie AG (enviaM), Chemnitz, sowie weitere Gesellschaften, an denen enviaM mehrheitlich beteiligt ist. Gemeinsam gestalten sie die Energiezukunft für Ostdeutschland. Anteilseigner der enviaM sind die RWE AG mit 58,6 Prozent und rund 650 ostdeutsche Kommunen mit 41,4 Prozent.

Einer Studie des Forschungs- und Beratungsinstituts CONOSCOPE GmbH, Leipzig, zufolge sichert der Unternehmensverbund mehr als 1,7 Milliarden Euro Wertschöpfung, rund 17.300 Arbeitsplätze und rund 950 Millionen Euro Steueraufkommen in der Region. Jeder Euro, den die enviaM-Gruppe als Wertschöpfung ausweist, bewirkt fast zwei weitere Euro Wertschöpfung. Jeder Arbeitsplatz des Unternehmensverbundes sichert annähernd drei weitere Arbeitsplätze.

Inhalt

1.	Studiendesign und Methodik	7
2.	Ergebnisse	9
2.1	„Wir glauben an das Gelingen der Energiewende. Doch alle notwendigen Maßnahmen müssen umgehend umgesetzt werden.“	9
2.2	Haushalte: „Wir werden Energie sparen.“	20
2.3	Kommunen: „Wir setzen auf Eigenerzeugung.“	24
2.4	Unternehmen: „Wir setzen beim Energiebezug auf Langfristverträge.“	28
3.	Fazit	33

1. Studiendesign und Methodik

Wie bereits in den Vorgängerstudien der Jahre 2012 und 2013 sind auch für die diesjährige Studie aktuelle Aspekte der öffentlichen Diskussion zum Thema Energiewende berücksichtigt worden. Im Blickpunkt steht diesmal der Trend zur Eigenerzeugung, der sich im Zuge der steigenden Kosten beim Umbau der Energieversorgung entwickelt hat. Die Finanzierung spielt auch an anderer Stelle eine wichtige Rolle. Hinterfragt wurde, wie die zunehmende „Entsolidarisierung“ bei der Verteilung der Kosten der Energiewende gesehen wird. Gemeint ist damit, dass die Erzeuger von Strom aus erneuerbaren Energien eine attraktive Vergütung erhalten und gleichzeitig keine Umlagen und Netzentgelte zahlen müssen. Dabei knüpft die vorliegende Studie im Sinne der Konzeption der „Energiewelt Ost“ als Längsschnittstudie an die vorangegangenen Studien an und enthält folglich identische Fragestellungen. Damit ermöglicht sie erneut einen aktuellen Überblick zu Ansichten von Haushalten, Kommunen und energieintensiven Unternehmen in Ostdeutschland zur Energieversorgung.

Die Befragung der drei Akteursgruppen wurde zwischen Januar und Februar 2014 durchgeführt. Die Haushaltsbefragung erfolgte im Rahmen einer CATI-Befragung¹ durch die Conoscope GmbH Leipzig. Die Stichprobe umfasste 1.650 Haushalte und erfüllt damit die statistischen Anforderungen. Innerhalb der Stichprobe erfolgte eine Quotenauswahl nach den Kriterien Bundesland (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin gesondert), Raumtyp innerhalb des Bundeslandes (städtischer Raum und ländlicher Raum) sowie Alter (18-39 Jahre, 40-59 Jahre sowie 60 Jahre und älter).

Die Befragung der ostdeutschen Kommunen ab 3.000 Einwohnern erfolgt auf einer neuen statistischen Basis, und zwar dem fortgeschriebenen Gemeindeverzeichnis des Statistischen Bundesamtes mit Stand vom 31.12.2012. Daher erhöhte sich die Grundgesamtheit der vorliegenden Studie gegenüber 2013 um 115 auf 789 Gemeinden. Da der Rücklauf gegenüber 2013 absolut auf 224 Antworten anstieg, wurde die Quote von über 28 % des letzten Jahres erneut erreicht. Dabei ist erfreulich, dass dieses Jahr auch viele kleine Gemeinden zwischen 3.000 und 5.000 Einwohnern an der Befragung teilnahmen (ein Drittel gegenüber 5 % im Jahr 2013). Auch die Gruppe der Gemeinden mit über 5.000 bis 10.000 und die mit über 10.000 bis 50.000 Einwohnern sind mit jeweils ca. einem Drittel vertreten. Zwar hat sich deren Anteil damit gegenüber 2013 leicht verringert, sie stellen aber erneut den größten Teil des Rücklaufes dar. Vor diesem Hintergrund spiegelt sich die Struktur der ostdeutschen Kommunen auch im Rücklauf der Befragung sehr gut wider.

Neuerungen gab es auch bei der Gruppe der befragten ostdeutschen Unternehmen energieintensiver Branchen. Die Erhebung erfolgte erstmals als Vollerhebung jener Unternehmen, welche 2013 beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle einen Antrag nach § 40 ff. EEG (Besondere Ausgleichsregelungen) gestellt haben. Dabei wurden 388 und damit 253 Unternehmen mehr als 2013 befragt. Auch der absolute Rücklauf erhöhte sich deutlich (auf 76 Unternehmen gegenüber 30 im Jahr 2013), wenngleich die Quote infolge der größeren Stichprobe mit gut 20 % leicht unter der des Jahres 2013 (22 %) lag. Am häufigsten antworteten Unternehmen der chemischen Industrie (28 %), gefolgt

¹ Computer Assisted Telephone Interview

von jenen der Baustoff- und Glasindustrie (14 % bzw. 11 %). Dabei dominierten wiederum eher kleine Unternehmen mit unter 100 Mitarbeitern (51 %), wobei dieser Anteil gegenüber 2013 deutlich höher ausfiel (etwa 37 %). Die restlichen Unternehmen haben Mitarbeiterzahlen zwischen 100 und unter 1.000 Mitarbeitern, nur knapp 4 % der antwortenden Unternehmen gaben an, 1.000 oder mehr Mitarbeiter zu beschäftigen. Nach Umsatzgrößenklassen zeigt sich ein ähnliches Bild, hier überwiegen Unternehmen mit Umsätzen unter 50 Mio. Euro.



2. Ergebnisse

2.1 „Wir glauben an das Gelingen der Energiewende. Doch alle notwendigen Maßnahmen müssen umgehend umgesetzt werden.“

Die Akzeptanz der Energiewende in Ostdeutschland ist noch immer hoch. Inzwischen fassen auch die energieintensiven Unternehmen mehr Vertrauen in den Umbau der Energieversorgung.

Alle Befragten sind sich einig, dass die politischen Konzepte besser miteinander abzustimmen sind, damit die Energiewende gelingt. Um die Versorgungssicherheit nicht zu gefährden, ist der Netzausbau weiter voranzutreiben. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird nicht in Frage gestellt, allerdings muss er für alle bezahlbar bleiben.

Bezogen auf die Kernfrage zur Akzeptanz der Energiewende zeigt sich gegenüber den Vorjahren eine deutliche Veränderung (vgl. Abbildung 1). Während bei den Haushalten die Akzeptanz weiter leicht rückläufig ist (73 %), ist sie bei den Kommunen erneut geringfügig gestiegen (74 %). Vollkommen anders verhält sich die Situation bei den energieintensiven

Unternehmen. Sie befürworten mit 61 % erstmalig mehrheitlich die Energiewende und die damit zusammenhängenden Maßnahmen. Dies dürfte neben den gesunkenen Großhandelspreisen für Strom vor allem auf die Ausnahmeregelungen bei Umlagen und Netzentgelten zurückzuführen sein.

Befürworten Sie die Energiewende und die damit zusammenhängenden Maßnahmen?

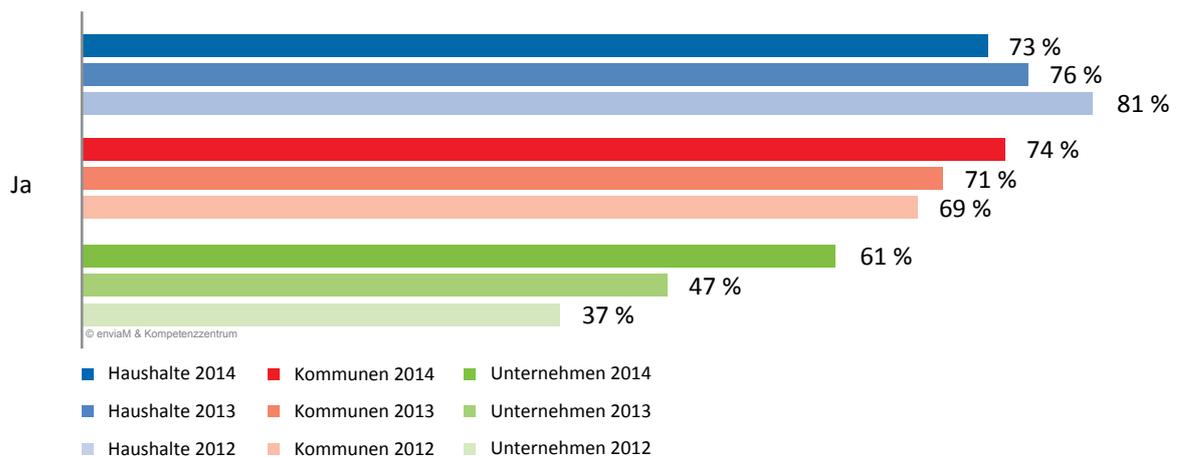


Abbildung 1: Akzeptanz der Energiewende

Für den Erfolg der Energiewende wird von den befragten Gruppen nach wie vor der Ausbau der Stromnetze als entscheidender Faktor gesehen (vgl. Abbildung 2). Wichtig ist auch, dass die verschiedenen politischen Konzepte miteinander abgestimmt werden und der Ausbau der erneuerbaren Energien weiter geht. Bei genauerer Betrachtung ist bemerkenswert, dass inzwischen von fast allen Haushalten die Notwendigkeit gesehen wird, politisch koor-

dinierter vorzugehen (98 %). Bei den Kommunen fällt auf, dass die Akzeptanz der Bevölkerung nicht mehr einen so hohen Stellenwert einnimmt wie im Vorjahr (64 % in 2013 zu 56 % in 2014). Bei den energieintensiven Unternehmen ist zu beobachten, dass diese den Bau neuer Kohle- und Gaskraftwerke deutlich zurückhaltender als noch 2013 beurteilen (63 % in 2013 zu 32 % in 2014).

Damit die Energiewende gelingt, ...

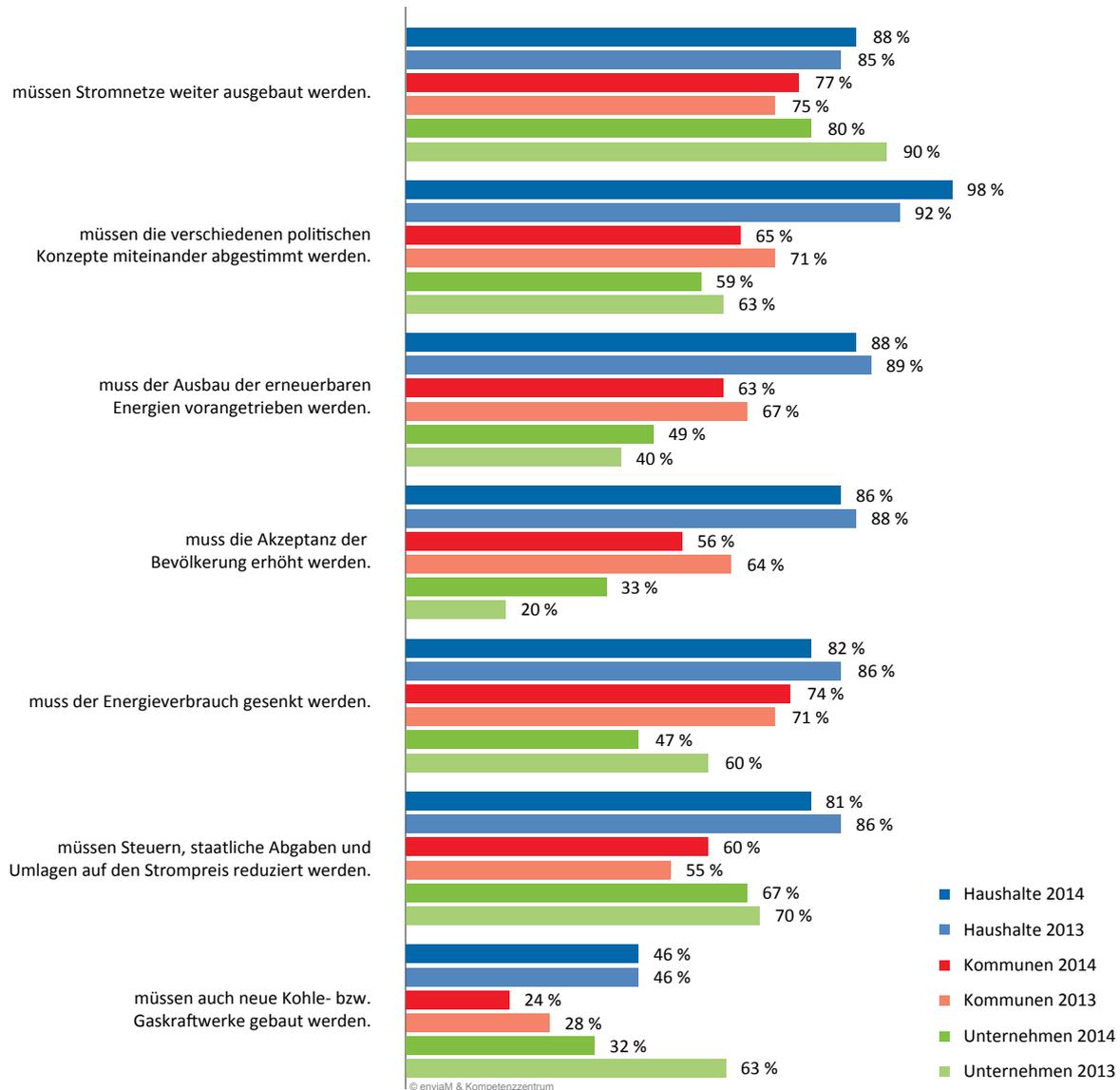


Abbildung 2: Für das Gelingen der Energiewende notwendige Faktoren; (Mehrfachnennung möglich)

Nach wie vor wird mit der Energiewende am häufigsten der Ausbau erneuerbarer Energien assoziiert (vgl. Abbildung 3). Es folgen die Abschaltung von Atomkraftwerken und der Preisanstieg. Auffällig ist, dass das wesentliche Ziel der Energiewende – der Klimaschutz – in den Hintergrund rückt. Für die Haushalte ist ein wesentlicher Bestandteil der Energiewende, die Abschaltung der Atomkraftwerke, kaum noch der Rede wert (Rückgang auf 20 %). Die Kommunen denken vermutlich nicht mehr so häufig an Energiesparen, weil dies inzwischen Tagesaufgabe geworden ist (45 % in 2014 ggü. 51 %

in 2013). Wie bei den Haushalten ist auch bei den energieintensiven Unternehmen die Abschaltung der Atomkraftwerke nicht mehr das beherrschende Thema (57 % 2014 ggü. 80 % 2013). Das Gleiche gilt für den Preisanstieg. Hier dürften die bereits genannten Faktoren – gesunkene Großhandelspreise, Befreiung von Netzentgelten und Umlagen – eine entscheidende Rolle spielen (67 % 2014 ggü. 87 % 2013). Das Hauptaugenmerk bei den befragten Betrieben richtet sich inzwischen vielmehr auf den Ausbau der erneuerbaren Energien (80 % in 2014 zu 63 % in 2013).

Wenn Sie das Wort Energiewende hören, woran denken Sie dann?

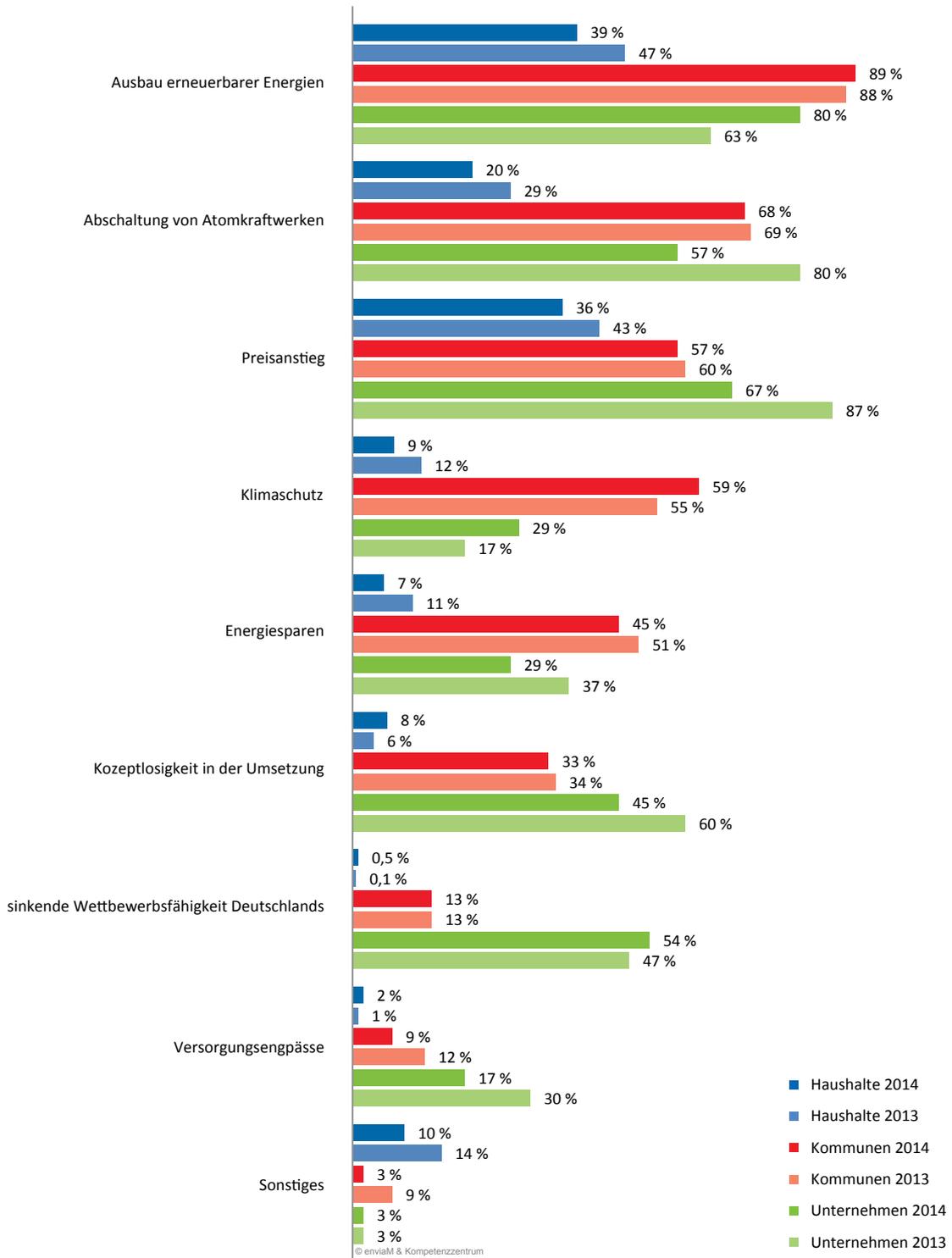


Abbildung 3: Assoziationen mit dem Begriff Energiewende; (Mehrfachnennungen möglich)

Bei den relevanten Schwerpunkten der Energiewende rangieren die Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit bei allen drei Befragungsgruppen ganz oben (Abbildung 4). Wie hier ergeben sich bei allen Schwerpunkten durchgängig keine wesentlichen Verschiebungen. Obwohl die Haushalte für das Gelingen der Energiewende den Netzausbau als entscheidendes Kriterium bewerten (vgl. Abbildung 2), stufen sie diesen als relevanten Schwer-

punkt leicht rückläufig ein (7,9 auf 7,5). Bei den Kommunen ist die Sensibilität für die Versorgungssicherheit wieder leicht gestiegen (9,0 auf 9,3). Bei den energieintensiven Unternehmen ist die wiedererstarke Rückbesinnung auf den Klimaschutz hervorzuheben (5,3 auf 6,6). Die Bezahlbarkeit hat für die befragten Betriebe immer noch einen sehr hohen, aber geringfügig abnehmenden Stellenwert (9,9 auf 9,5).

Wie wichtig sind Ihnen die folgenden Aspekte der Energiewende?

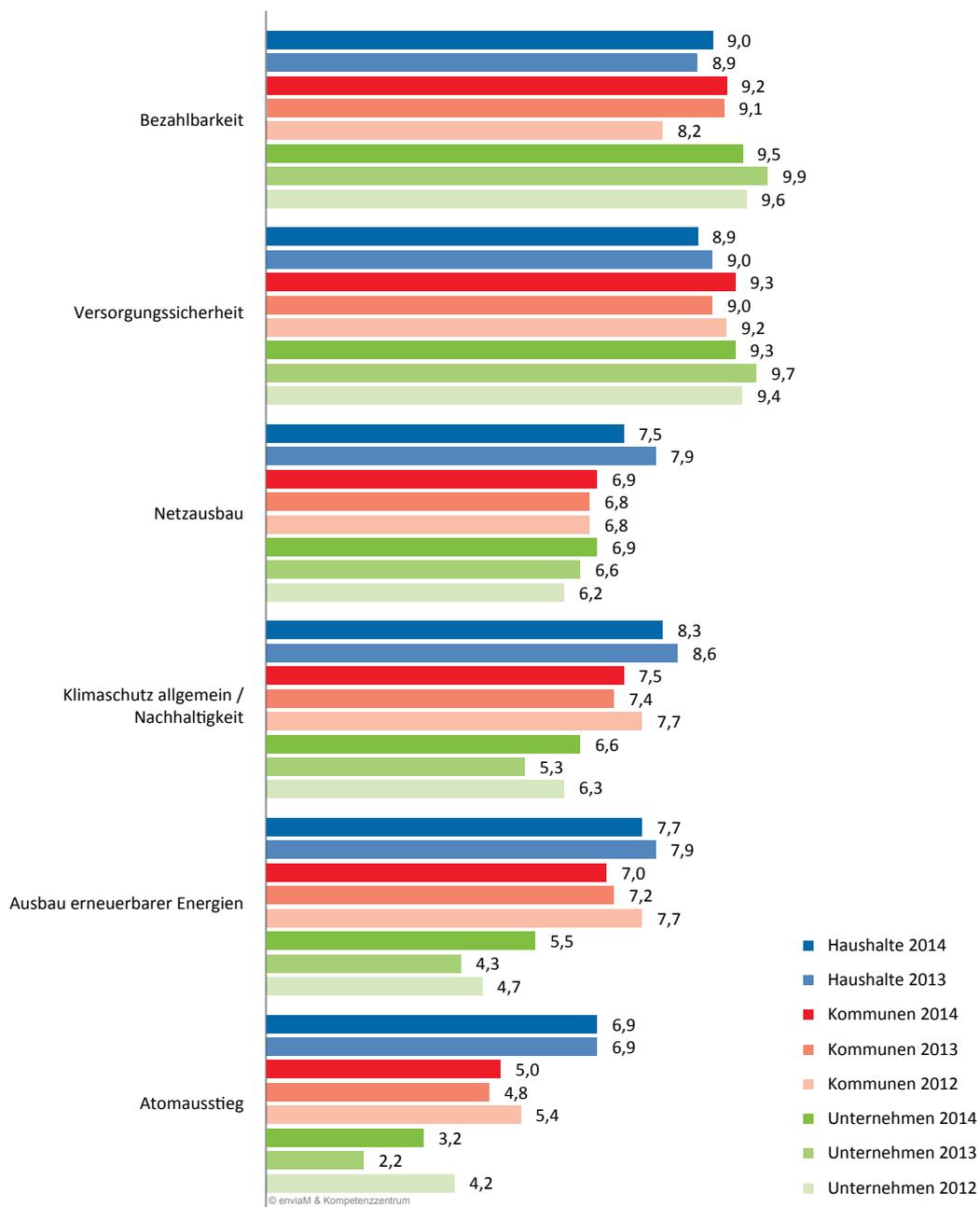


Abbildung 4: Relevante Schwerpunkte der Energiewende; (Bewertung von 0 = unwichtig bis 10 = sehr wichtig)

Bei den mit der Energiewende verbundenen Folgeerscheinungen halten es alle befragten Gruppen für sehr wahrscheinlich, dass im Zuge der Energiewende die Strompreise erheblich steigen werden (vgl. Abbildung 5). Erwartet werden darüber hinaus massive Veränderungen im Landschaftsbild. Ferner ist man zuversichtlich, dass Deutschland eine Vorreiterrolle in der internationalen Energiepolitik einnehmen wird. Die Veränderungen zum Vorjahr sind bei allen aufgeführten Folgeerscheinungen marginal. Die Haushalte stufen die Wahrscheinlichkeit, dass die Energiekosten künftig nicht mehr für alle bezahlbar sein werden, geringer ein (7,2 auf 6,9). Demgegenüber ist die Einschätzung, dass die Energiewende die Schadstoffe in der Luft vermindern wird,

leicht gestiegen (5,4 auf 5,8). Bemerkenswert bei den Kommunen ist, dass eine Schwächung des Wirtschaftsstandortes Deutschland durch die Energiewende für deutlich wahrscheinlicher gehalten wird als noch im Vorjahr (3,4 in 2013 auf 4,3 in 2014). Entspannter sehen die Städte und Gemeinden drohende Versorgungsengpässe bei der Stromversorgung (4,6 zu 4,2). Ähnlich beurteilen die energieintensiven Unternehmen die Versorgungssicherheit. Auch sie halten Lücken in der Stromversorgung für weniger wahrscheinlich (5,9 auf 5,1). Wie bei den Haushalten gehen die befragten Betriebe von einer Verminderung des Schadstoffausstoßes durch den Wandel des Energiemixes aus (3,7 auf 5,5).

Für wie wahrscheinlich halten Sie die folgenden Ereignisse?

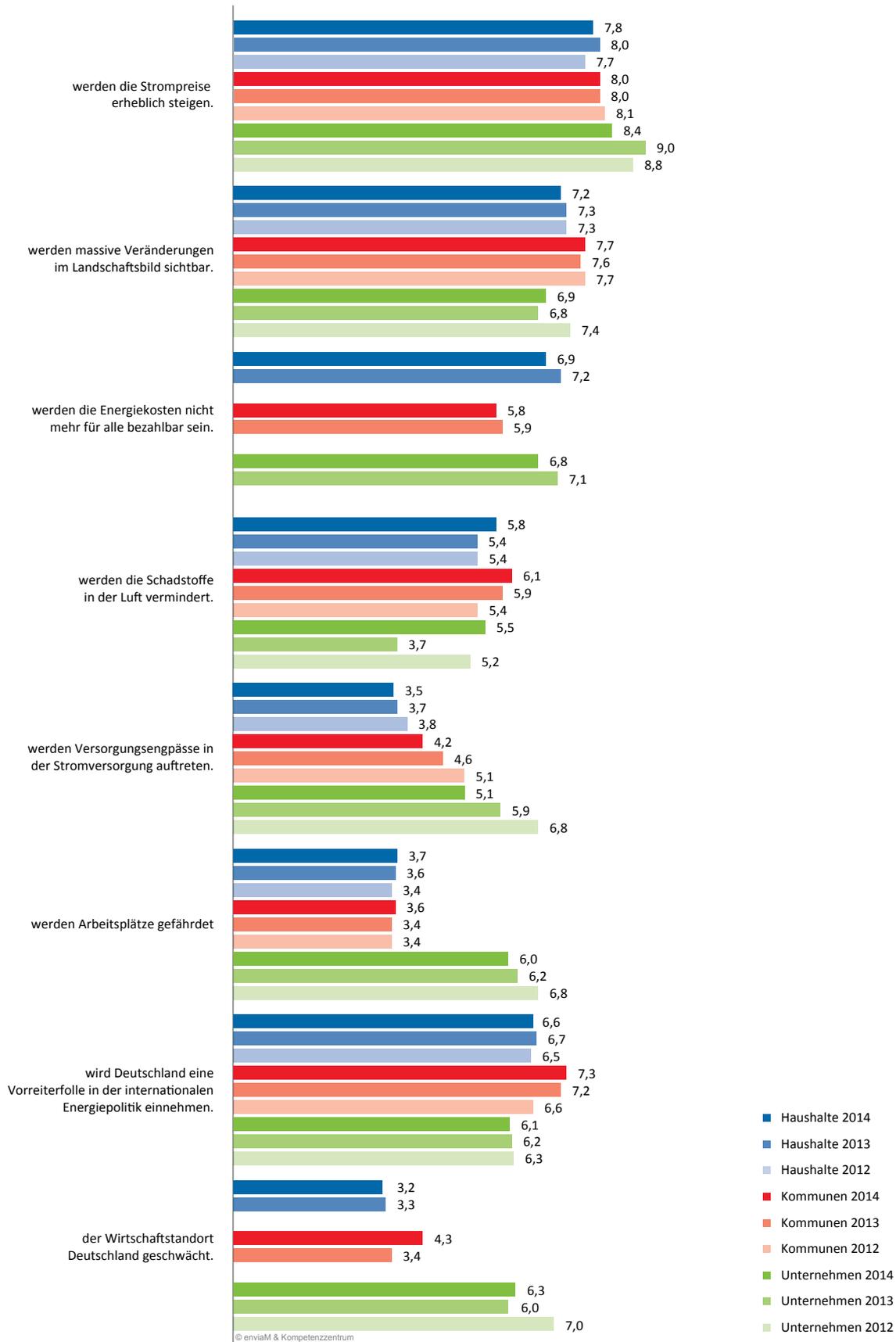


Abbildung 5: Mit der Energiewende verbundenen Folgeerscheinungen; (Bewertung von 0 = unwahrscheinlich bis 10 = sehr wahrscheinlich).

Angesichts der Erwartung weiter steigender Strompreise befürworteten alle befragten Gruppen mit großer Mehrheit Unabhängigkeitsbestrebungen in der Stromversorgung (vgl. Abbildung 6). Gemeint ist damit, Strom selbst zu erzeugen und zu verbrauchen. Im Vergleich ist die Zustimmung bei den Haushalten mit Abstand am höchsten (87 %), und zwar unabhängig von den soziodemografischen Merkmalen.

Finden Sie es prinzipiell richtig, wenn sich Unternehmen, Haushalte und Kommunen durch eigene Stromerzeugungsanlagen ganz oder teilweise unabhängig von der zentralen Energieversorgung machen?

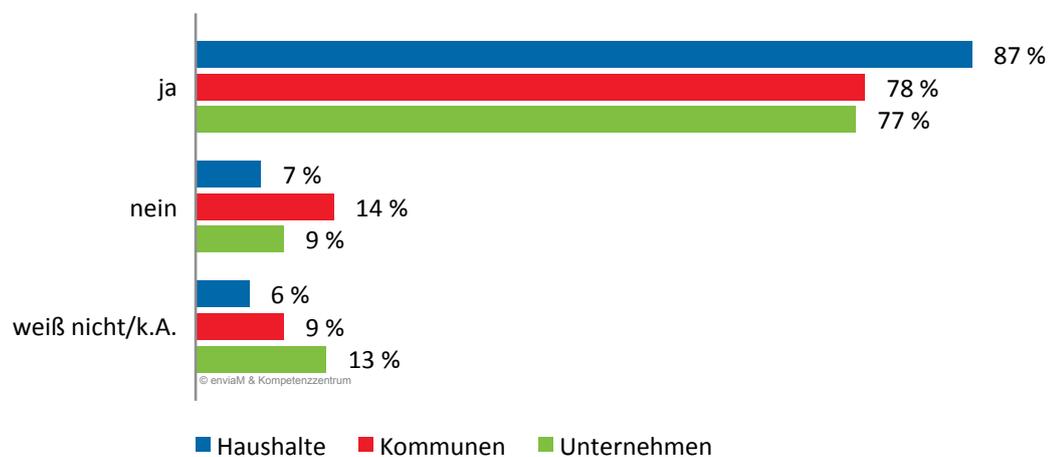


Abbildung 6: Befürwortung von Unabhängigkeitsbestrebungen in der Stromversorgung durch Eigenerzeugung

Auf ein geteiltes Echo stößt hingegen die mögliche Abschaffung der Befreiung der Anlagenbetreiber von der Umlage für erneuerbaren Energien (EEG-Umlage) für eigenverbrauchten Strom. Bezogen auf die befragten Gruppen zeigt sich für die Haushalte ein eher uneinheitliches Meinungsbild (vgl. Abbildung 7). Befürworter und Gegner dieses Vorschlags halten sich in etwa in Waage (37 % zu 40 %), 22 % haben hierzu keine Meinung. Hingegen unterstützt die Mehrheit der Kommunen mit 42 % diese Anregung, 27 % sind entgegengesetzter Meinung und 30 % unentschlossen. Die Unterneh-

men lehnen diesen Vorschlag mit deutlicher Mehrheit ab (68 %), 19 % sind unentschlossen, nur eine Minderheit von 14 % ist dafür. Die Ergebnisse sind mit Blick auf die energieintensiven Unternehmen wenig überraschend. Bemerkenswert ist, dass sich bei den Haushalten nicht mehr Widerstand gegen die ungerechte Verteilung der Kosten der Energiewende regt, da diese dadurch am stärksten belastet werden. Anders als den Bürgern scheint den Kommunen dieser Sachverhalt sehr viel stärker bewusst zu sein.

Was halten Sie davon, die Befreiung von der EEG-Umlage und Netzentgelten für Eigenerzeuger abzuschaffen, um einer „Entsolidarisierung“ der Kosten der Energiewende entgegenzuwirken?

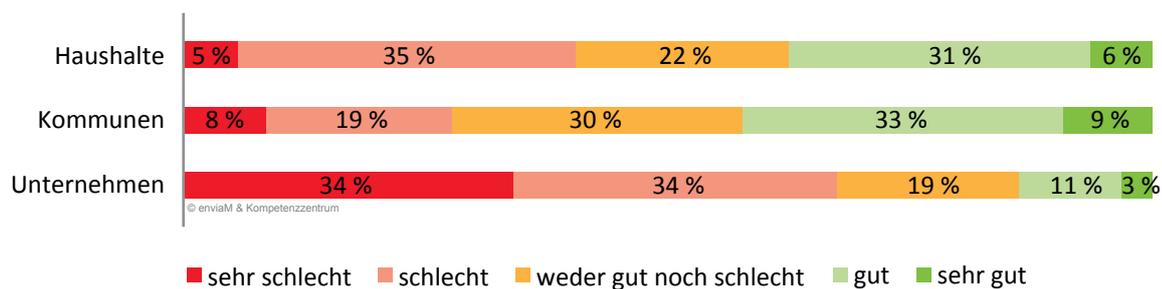


Abbildung 7: Befürwortung der Abschaffung der EEG-Umlagebefreiung für zum Eigenverbrauch selbst erzeugten Strom



2.2 Haushalte:

„Wir werden Energie sparen.“

Die steigenden Stromkosten veranlassen die Haushalte zum Handeln. Die breite Mehrheit will beim Energiesparen Ernst machen. Neben den hohen Strompreisen werden zunehmend auch die durch die Energiewende hervorgerufenen Veränderungen im Landschaftsbild kritisiert.

Um den steigenden Strompreisen entgegenzuwirken, bedienen sich die Bürger verschiedener Strategien. So will die große Mehrheit der Haushalte Strom einsparen. Gelingen soll dies zum einen durch eine Veränderung des Verbrauchsverhaltens (78 %, vgl. Abbildung 8) und zum anderen durch die Anschaffung effizienterer Haushaltsgeräte (63 %).

Nur etwa ein Drittel der Haushalte sieht im Wechsel des Energieversorgers eine Option zur Kostensenkung. Lediglich jeder zehnte Haushalt hofft durch einen Tarifwechsel bei seinem derzeitigen Energieversorger auf eine mögliche Entlastung.

Welche der folgenden Maßnahmen werden Sie persönlich aufgrund der steigenden Strompreise ergreifen, bzw. haben Sie bereits ergriffen?

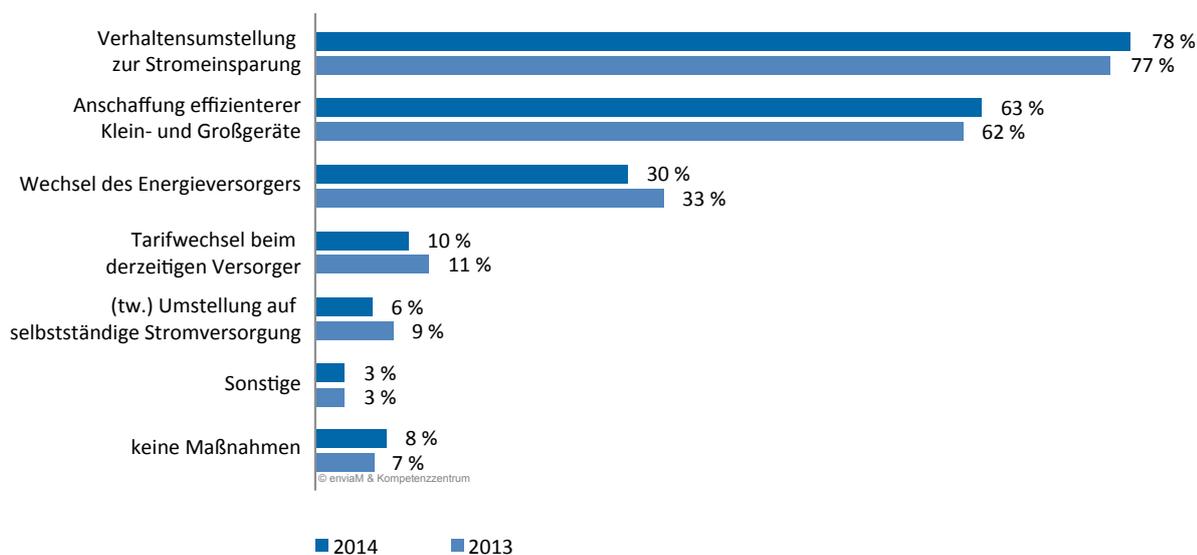


Abbildung 8: Maßnahmen zur Kompensation steigender Strompreise; (Mehrfachnennung möglich)

Auch die Alternative, Strom selbst zu produzieren, ist bei den Haushalten noch wenig ausgeprägt. Aktuell nutzen nur 11 % der befragten Haushalte diese Option (vgl. Abbildung 9). Dabei steht der Eigenverbrauch im Vordergrund. Erstaunlich ist,

dass sowohl Eigentümer als auch Mieter von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Der überwiegende Teil der Haushalte nutzt Photovoltaik- (62 %) oder Solarthermie-Anlagen (35 %; vgl. Abbildung 10).

Nutzen Sie die Möglichkeit der eigenen regenerativen Energieerzeugung?

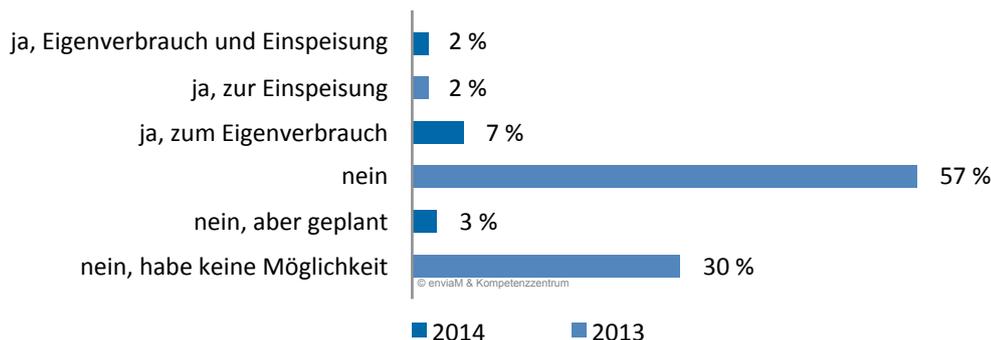


Abbildung 9: Erzeugung von Strom aus Erneuerbare-Energien-Anlagen durch die Haushalte

Wenn ja, wie erzeugen Sie Ihre Energie (Strom + Wärme)?

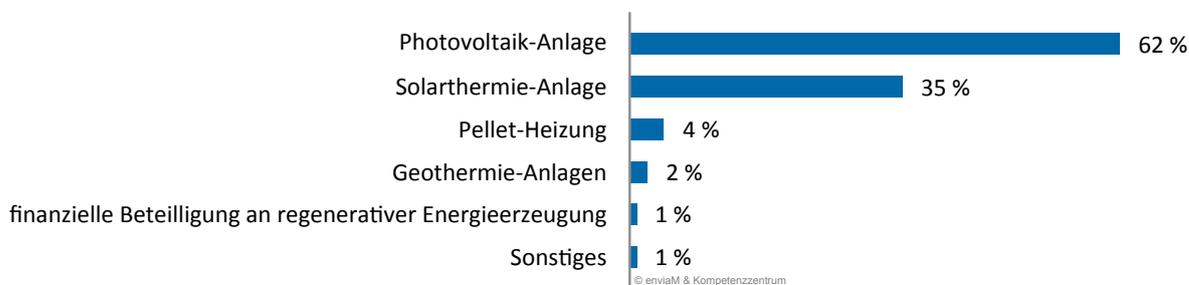


Abbildung 10: Von den Haushalten zur Eigenerzeugung bzw. Einspeisung genutzte Technologien²; (Mehrfachnennung möglich)

² Die ebenfalls befragten Kategorien „Windrad“ und „Mini-BHKW“ sind in der Abbildung nicht enthalten, da erstgenannte Anlagen nur einmal (0,06 %) und zweitgenannte Anlagen nicht benannt wurden.

Mit wachsender Beunruhigung sehen die Haushalte die zunehmende Veränderung des Landschaftsbildes durch den Wandel zur dezentralen Energieerzeugung. Die Akzeptanz von Windkraftanlagen,

Photovoltaik- oder Biogasanlagen vor der eigenen Haustür, lässt langsam, aber stetig, nach (vgl. Abbildung 11).

Durch den Ausbau erneuerbarer Energien kommt es zu Veränderungen im Landschaftsbild. Sind solche Veränderungen für Sie auch dann akzeptabel, wenn diese in Ihrem unmittelbaren Umfeld stattfinden?

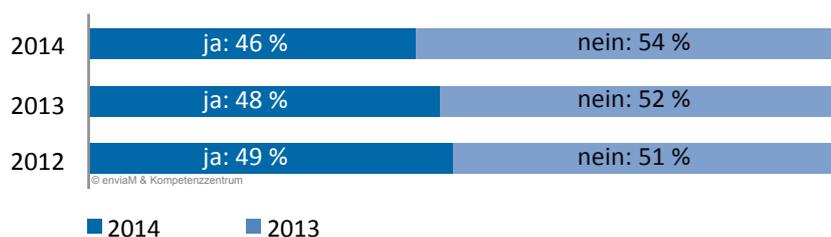


Abbildung 11: Akzeptanz der Veränderung des Landschaftsbildes



2.3 Kommunen: „Wir setzen auf Eigenerzeugung.“

Die Kommunen sind bei der Eigenerzeugung deutlich weiter als die Haushalte. Beim Thema Energiesparen liegt das Hauptaugenmerk auf der Straßenbeleuchtung. Der Anteil der Städte und Gemeinden, die über ein langfristiges Energiekonzept verfügen, ist nach wie vor gering.

Die Zahl der Kommunen, die ein langfristig ausgerichtetes Energiekonzept nutzen, steigt nur sehr langsam (22 % in 2014 von 18 % in 2013; vgl. Abbildung 12). Der Prozentsatz der Städte und Gemeinden, die ein entsprechendes Konzept planen, hat im Vergleich zum Vorjahr sogar deutlich abgenommen (25 % in 2014 zu 43 % in 2013). Die Mehrheit zieht diesen Schritt überhaupt nicht in Erwägung. Dies ist umso verwunderlicher, weil die öffentliche Förderung von Energiewende-Projekten immer häufiger an das Vorhandensein von Energiekonzepten gebunden ist.

Benutzen Sie ein dokumentiertes mittel- bzw. langfristig ausgerichtetes Energiekonzept für Ihre Kommune?

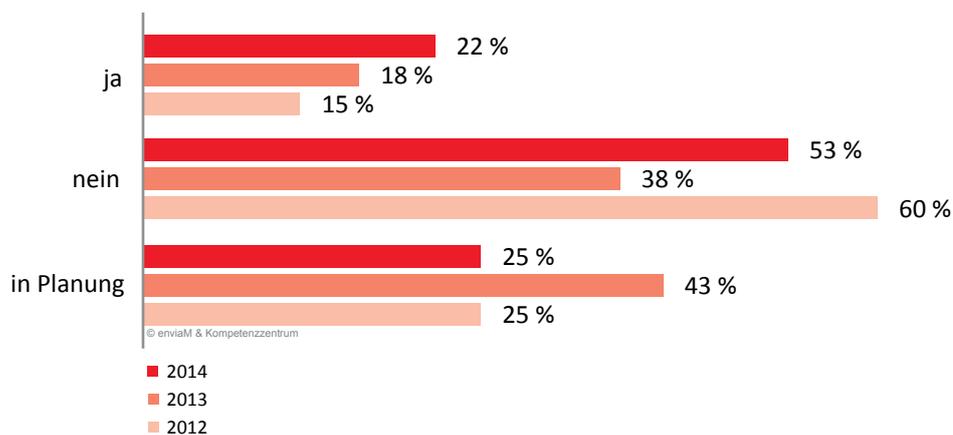


Abbildung 12: Verbreitung kommunaler Energiekonzepte.

Sehr viel aufgeschlossener als Energiekonzepten stehen die Kommunen Angeboten zur „intelligenten Energieversorgung“ gegenüber; 81 % nutzen diese bereits (vgl. Abbildung 13). Schwerpunkte sind eine energieeffizientere Straßenbeleuchtung (93 %) und die Errichtung von Photovoltaik- und Solarthermie-

Anlagen auf kommunalen Gebäuden und Flächen (71 %). Auf Zurückhaltung stoßen noch Energiecontracting- und Smart Meter-Lösungen. Letzteres dürfte vor allem auf die noch fehlenden gesetzlichen Vorgaben zur Nutzung intelligenter Stromzähler zurückzuführen sein.

Nutzen Sie derzeit oder planen Sie die Nutzung folgender Angebote „intelligenter Energieversorgung“?

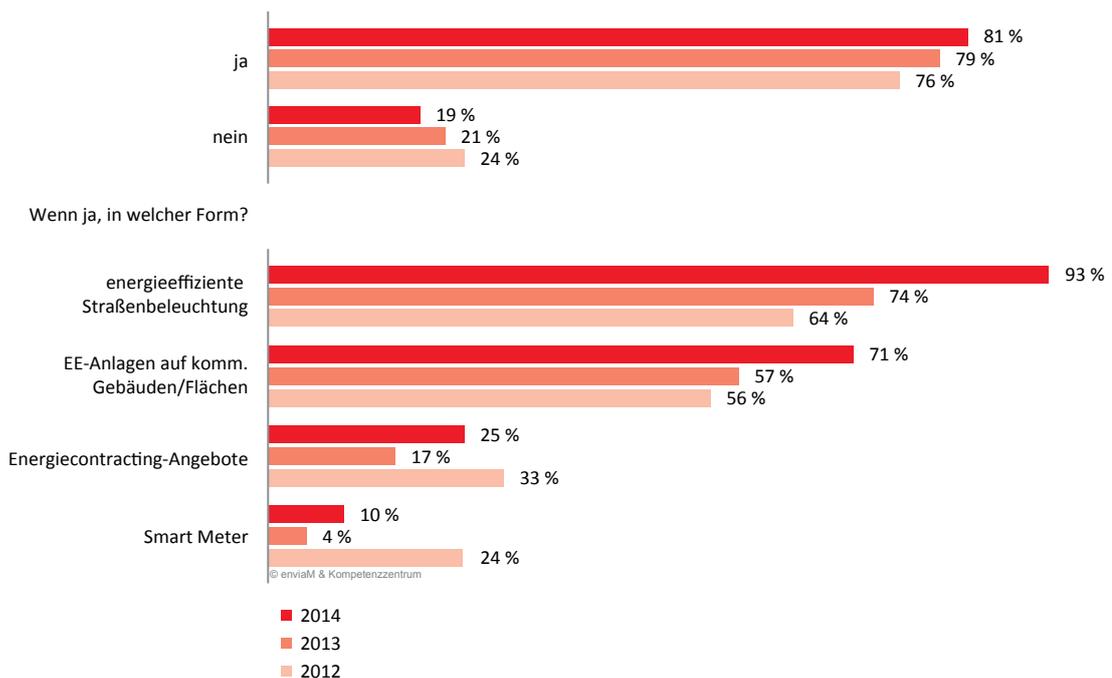


Abbildung 13: Nutzung von Angeboten „intelligenter Energieversorgung“; (Mehrfachnennung möglich)

Über die Hälfte (55 %) der Kommunen erzeugt selbst Strom aus erneuerbaren Energien (vgl. Abbildung 14). Mit deutlichem Abstand dominieren Photovoltaik-Anlagen auf kommunalen Gebäuden (70 %), gefolgt von Blockheizkraftwerken

(41 %) und Solarthermie-Anlagen (22 %; vgl. Abbildung 15). Flächenintensive Anlagen, wie Wind- oder Photovoltaikparks, spielen mit Verweis auf die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes nur eine untergeordnete Rolle.

Nutzen Sie die Möglichkeit der eigenen regenerativen Energieerzeugung?

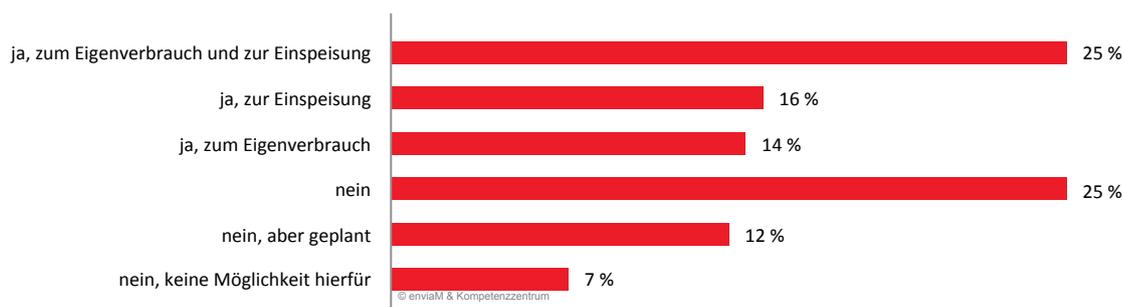


Abbildung 14: Erzeugung erneuerbarer Energie durch die Kommunen; (Mehrfachnennung möglich)

Wie erzeugen Sie Ihre Energie (Strom+Wärme)

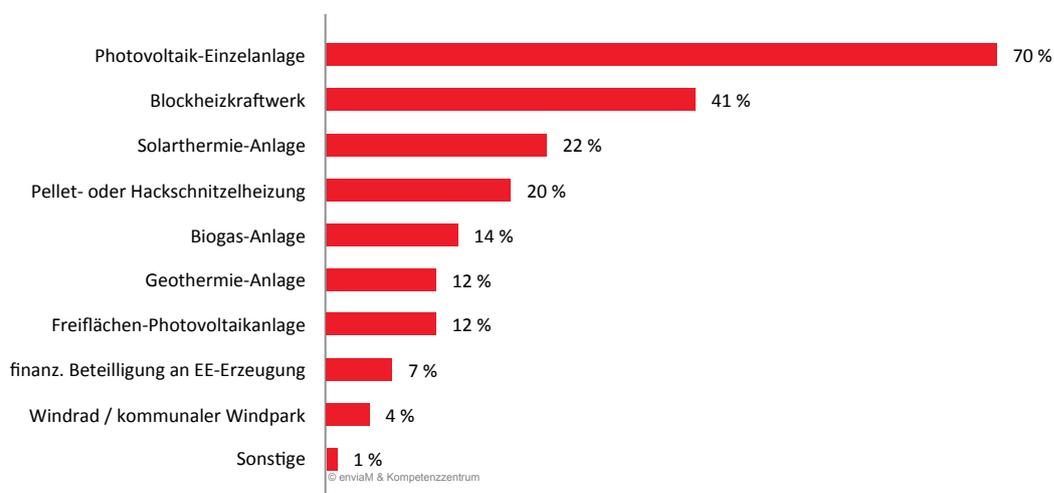


Abbildung 15: Zur Energieerzeugung eingesetzte Technologie; (Mehrfachnennung möglich)



2.4 Unternehmen:

„Wir setzen beim Energiebezug auf Langfristverträge.“

Die breite Mehrheit der energieintensiven Unternehmen hat im Zuge der Energiewende ihr Einkaufsverhalten beim Strom- und Gasbezug angepasst. Bevorzugt werden Langfristverträge mit Preisbindung und eine Bündelung des Energiebezugs. Nur wenige Unternehmen beschäftigen sich derzeit mit dem Ausbau der Eigenerzeugung.

Wie im Vorjahr bestätigen die energieintensiven Unternehmen, dass im Rahmen der Energiewende vor allem effiziente Technologien eingesetzt werden (6,1; vgl. Abbildung 16). Bei Energieeinsparungen sehen viele Unternehmen die vorhandenen Potenziale ausgereizt. Auch zunehmende Investitionen in Forschung und Entwicklung sind eher nicht wahrscheinlich. Zugenommen hat die Befürchtung, dass Stellen abgebaut werden könnten (4,6 gegenüber 3,7 in 2013).

Durch die Energiewende kommt es in Ihrem Unternehmen...

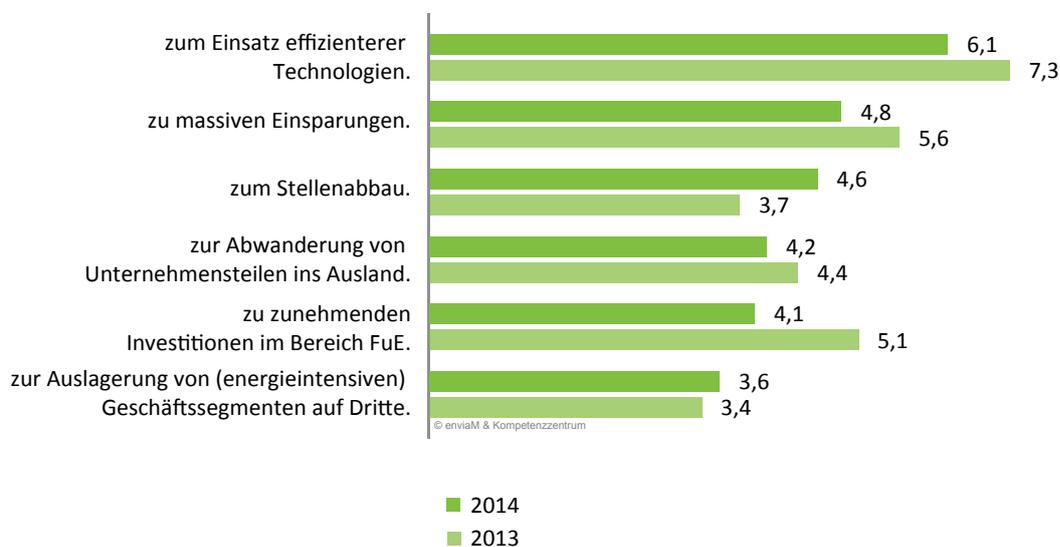


Abbildung 16: Veränderungen infolge der Energiewende im Unternehmen;
(Bewertung von 0 = unwahrscheinlich bis 10 = sehr wahrscheinlich)

Der Großteil der Unternehmen hat sein Einkaufsverhalten beim Strom- und Gasbezug im Zuge der Energiewende angepasst (vgl. Abbildung 17). Favorisiert werden deutlich stärker als im Vorjahr Langfristverträge mit Preisbindung (48 % in 2014

zu 20 % in 2013). Hoch im Kurs steht weiterhin die Bündelung des Energiebezugs (jeweils 40 %). Erheblich abgenommen hat der Ausbau der Eigenerzeugung (18 % in 2014 zu 47 % in 2013).

Haben Sie im Rahmen der Energiewende Ihr Einkaufsverhalten bzgl. Strom-/ Gasbezug angepasst?

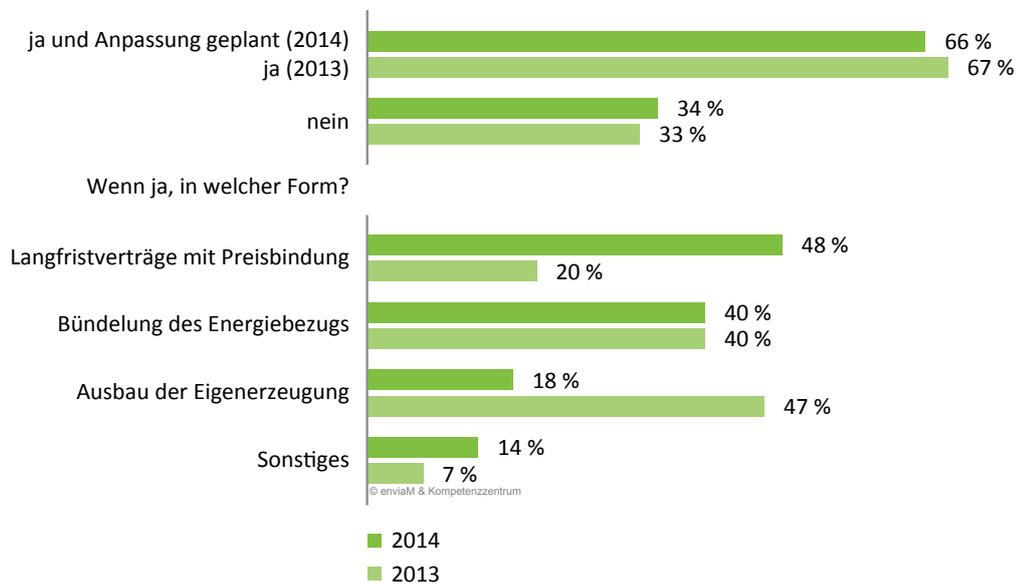


Abbildung 17: Anpassung des Strom- bzw. Gasbezugs; (Mehrfachnennung möglich)

Beim Strombezug dominiert mit deutlichem Abstand der Fremdbezug durch Dritte (86 %; vgl. Abbildung 18). Sowohl die anteilige (von 27 % in 2013 auf 16 % in 2014) als auch die ausschließliche Eigenerzeugung (von 13 % in 2013 auf 4 % in 2014) ist im Vergleich zum Vorjahr stark rückläufig.

Wie ist derzeit der Strombezug in Ihrem Unternehmen ausgestaltet?

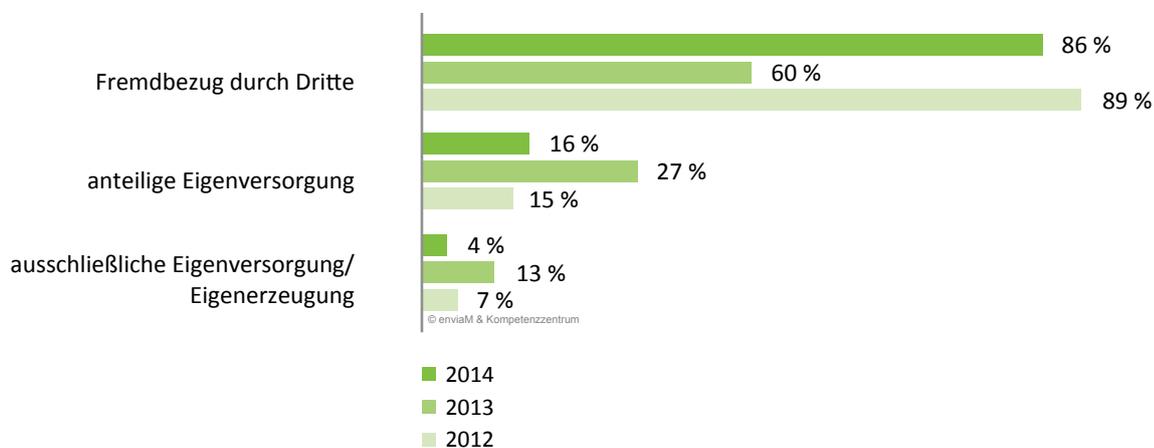


Abbildung 18: Struktur des Strombezugs der Unternehmen

Sofern Energie selbst erzeugt wird, nutzen die Unternehmen in erster Linie Photovoltaik-Anlagen (50 %) und Blockheizkraftwerke (25 %; vgl. Abbildung 19).

Wie erzeugen Sie Ihre Energie (Strom+Wärme)?

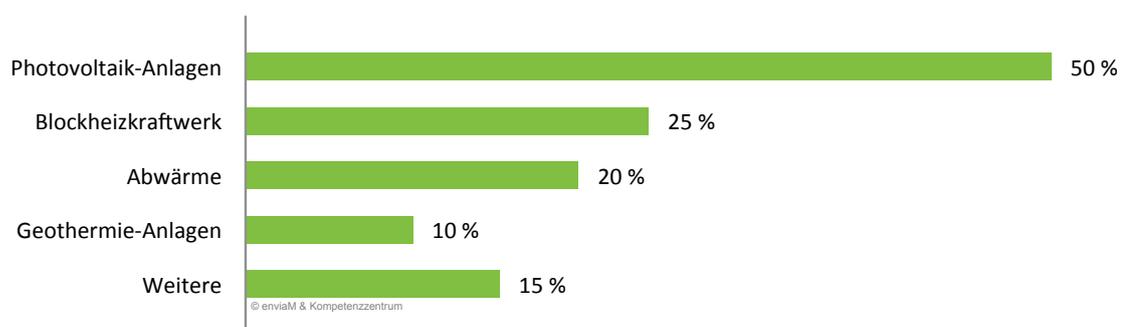


Abbildung19: Art der Energieerzeugung durch Unternehmen

3. Fazit

Noch immer ist die Zustimmung zur Energiewende in Ostdeutschland hoch. Nach Haushalten und Kommunen bekennen sich inzwischen auch die energieintensiven Unternehmen zum Umbau der Energieversorgung. Alle befragten Gruppen glauben, dass Deutschland eine Vorreiterrolle in der internationalen Energiepolitik spielen wird.

Die größte Herausforderung ist aus Sicht der Befragten die Bezahlbarkeit. Sie verfolgen hier unterschiedliche Strategien. Die Haushalte wollen vor allem Energie sparen. Die Kommunen streben insbesondere an, ihre Eigenerzeugung weiter zu erhöhen. Die energieintensiven Unternehmen setzen dagegen auf Langfristverträge mit Preisbindung. Uneins ist man bei der Frage, die Befreiung von der EEG-Umlage für Eigenerzeuger abzuschaffen.

Einigkeit herrscht, dass es klarer politischer Rahmenbedingungen bedarf, um die Energiewende zum Erfolg zu führen. Am Ziel, die erneuerbaren Energien auszubauen, wird nicht gerüttelt. Ob neue Kohle- und Gaskraftwerke notwendig sind, wird immer stärker in Zweifel gezogen.

Unbestritten ist hingegen, dass die Stromnetze erweitert werden müssen. Immer spürbarer wird, dass der Trend zur dezentralen Energieerzeugung das Landschaftsbild zunehmend verändert. Dies führt sowohl bei Haushalten als auch bei Kommunen zu wachsendem Unbehagen.

Impressum

UNIVERSITÄT LEIPZIG



Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft,
Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V.
an der Universität Leipzig
Neues Augusteum
Augustusplatz 10
04109 Leipzig

Dr. Oliver Rottmann
Geschäftsführender Vorstand
Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft,
Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V.

Telefon: +49 341 973-3583
Telefax: +49 341 973-3589
E-Mail: rottmann@wifa.uni-leipzig.de
Internet: [www.wifa.uni-leipzig.de/
kompetenzzentrum](http://www.wifa.uni-leipzig.de/kompetenzzentrum)

Projektleitung:
Dr. Oliver Rottmann,
Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft,
Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V.

Datenerhebung und Auswertung:
Romy Albrecht,
Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft,
Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V.

André Grüttner,
Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft,
Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V.

Bildnachweis:
Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V.

Pressefoto Herr Giesting:	Anke Jacob
Ergebnisse:	© Friedberg - Fotolia.com
Haushalte:	© Prod. Numérik - Fotolia.com
Kommunen:	© hecke71 - Fotolia.com
Unternehmen:	© El Gaucho - Fotolia.com



VORWEG GEHEN

envia Mitteldeutsche Energie AG
Chemnitztalstraße 13
09114 Chemnitz

Sven Schulze
Leiter Unternehmenskommunikation/
Umfeldmanagement

Telefon: +49 371 482-2051
Telefax: +49 371 482-2055
E-Mail: sven.schulze@enviaM.de
Internet: www.enviaM.de
www.energiezukunft-ostdeutschland.de

Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen übernehmen die Herausgeber keine Gewähr. Alle Rechte vorbehalten, auch die der fotomechanischen Wiedergabe und Speicherung in elektronischen Medien.

Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft,
Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V.
an der Universität Leipzig

envia Mitteldeutsche Energie AG
Chemnitztalstraße 13
09114 Chemnitz

Neues Augusteum
Augustusplatz 10
04109 Leipzig

© April 2014